

BACKBORD

Herbst/Winter 2020

WER ZAHLT
DIE CORONA-
MILLIARDEN?

Die Rechnung, bitte!

Vermögensabgabe und Lastenausgleich:
Wie wir verhindern, dass das Virus
die Gesellschaft weiter spaltet

Cum-Ex-Skandal: Der Senat, die SPD und die Warburg-Bank

Seite 4

Hamburg braucht ein Antidiskriminierungsgesetz

Seite 6

Ziviler Hafen: Aktiv werden gegen Rüstungsexporte

Seite 8

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL



Eine zweite Welle der Solidarität!

Wir sitzen alle in einem Boot, heißt es oft, wenn es um Corona geht. Und das stimmt ja auch, was die Krankheit selbst betrifft: Das Virus kann alle Menschen gleichermaßen befallen, unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft oder Kontostand.

Was aber die Folgen der Pandemie für das eigene Leben angeht, befinden wir uns wahrlich nicht in einem Boot. Einige sitzen da eher in einer Yacht, während andere sich mühsam an ihr Floß festklammern. Einige profitieren sogar noch von der Pandemie. Andere, vor allem diejenigen, die es auch ohne Virus schon schwer hatten, müssen jetzt noch mehr kämpfen. Sie leiden unter Kurzarbeit, Auftragsrückgängen und Arbeitslosigkeit.

Keine Frage: Harte Maßnahmen, um die Pandemie aufzuhalten, mussten sein. Hätte es die nicht gegeben, wären bereits im Frühjahr die Gesundheitssysteme zusammengebrochen, an den Intensivstationen hätten Kranke abgewiesen werden müssen. Viel mehr Menschen wären ernsthaft krank geworden und gestorben. Die Corona-Maßnahmen waren ein Akt der Solidarität gegenüber den schwachen und gefährdeten Menschen.

Doch nun muss es einen zweiten Akt der Solidarität geben: Wir als Gesellschaft müssen dafür sorgen, dass die Folgekosten der Pandemie gerecht verteilt werden. Dass die starken Schultern mehr Lasten tragen als jene, die diese Kraft nicht haben.

Tun wir das nicht, werden die sozialen Folgen der Pandemie für unsere Stadt verheerend sein – auch wenn das Virus selbst längst besiegt ist.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



CORONA-KOSTEN

WER ZAHLT FÜR DIE KRISE?

Bislang hat die Pandemie die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht. Das darf nicht so weitergehen!

Konjunkturprogramme, Kurzarbeitergeld, Staatshilfen, Steuerausfälle: Corona hat bereits jetzt riesige Löcher in die öffentlichen Kassen gerissen. Seit dem Beginn der Pandemie haben Bund, Länder und EU Milliardensummen für von der Krise betroffene Unternehmen bereitgestellt. Gleichzeitig fallen wegen der Lockdown-Maßnahmen fest eingeplante Steuereinnahmen weg. Je länger die Pandemie dauert, desto größer wird das Minus.

Noch spüren wir die Folgen dieser Politik nicht. Denn bezahlt wird alles im Moment durch neue Schulden. **Doch was wird sein, wenn Corona wieder weg ist? Und das geliehene Geld wieder zurückgezahlt werden muss?**

Dann werden die sozialen Nebenwirkungen der Pandemie wirklich durchschlagen. Denn unser Steuersystem ist zutiefst ungerecht. Es bevorzugt ohnehin schon Vermögende, die sich zudem durch Tricks und Steuerflucht vielfach um ihre Abgaben drücken. Darunter sind oft auch diejenigen Großunternehmen, die von der Corona-Krise besonders profitieren, Handelsketten zum Beispiel oder Internet-Konzerne. Manche Unternehmen melden

Kurzarbeit an, kassieren aber gleichzeitig Staatshilfen! Diese Möglichkeiten haben die Menschen am unteren Ende der Einkommensskala nicht. Während sich viele einschränken müssen, weil sie in Kurzarbeit sind oder die Aufträge wegbrechen, bleiben die Preise und Mieten bei 100 Prozent. Tausende haben durch Corona bereits ihre Jobs verloren und müssen Hartz IV beantragen.

DIE LINKE will deshalb neue Wege gehen (siehe Kasten rechts). Um die Corona-Kosten, die auf uns alle zukommen, zu bezahlen, fordert sie ein Lastenausgleichsgesetz, also eine einmalige Abgabe auf Millionen- und Milliardenvermögen. So etwas gab es schon einmal – übrigens unter Kanzler Adenauer (CDU)! Damals, in den 1950er Jahren, wurden die Reichen auf diese Weise an den Kriegsfolgekosten beteiligt. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass das auch in Corona-Zeiten funktionieren könnte. 300 Milliarden Euro könnten auf diese Weise zusammenkommen. **Zahlen müssten nur 0,7 Prozent der Deutschen: die Milliardär:innen zum Beispiel.** Deren Vermögen ist allein von März bis Juli 2020 – mitten in der Pandemie – von 501 auf 595 Milliarden Dollar gestiegen.

Löhne rauf und bessere Arbeitsbedingungen

Jede Katastrophe bringt ihre eigenen Held:innen hervor. Die der Corona-Zeit lenken Busse, stapeln im Supermarkt die Regale voll, pflegen unsere Kranken, unterrichten in viel zu vollen Klassen. Doch der Beifall, der ihnen anfangs von den Balkonen aus gesendet wurde, ist längst verklungen. Ebenso wie die Versprechen, ihnen mehr Geld zu bezahlen. Dabei wäre das schon deshalb wichtig, um den Personalmangel in den Pflegeeinrichtungen und Intensivstationen zu bekämpfen. DIE LINKE meint: **Löhne rauf und bessere Arbeitsbedingungen für Corona-Held:innen! Und Hilfszahlungen nur für Betriebe, die ihre Leute vernünftig behandeln und bezahlen!**



Mehr denn je müssen Klinik-Beschäftigte gegen den Pflegenotstand kämpfen



Während man sich in der Amazon-Konzernzentrale in Seattle (links) keine Sorgen um die Zukunft zu machen braucht, kämpfen kleine Läden wie diese im Karolinenviertel (rechts) um ihre Existenz.

So will DIE LINKE dafür sorgen, dass die Corona-Kosten gerecht verteilt werden:

1. Schuldenbremse streichen

Im Moment werden die Corona-Hilfsmaßnahmen noch durch Kredite finanziert. Das geht aber nur, weil die Schuldenbremse während einer Pandemie ausgesetzt werden kann. Sobald das Virus besiegt ist, tritt die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wieder in Kraft. Und dann gibt es nur einen Weg, die Corona-Kosten wieder hereinzubekommen: durch eine strenge Kürzungspolitik. Nur ein **dauerhaftes Aussetzen der Schuldenbremse** könnte das verhindern!

2. Lastenausgleich einführen

Um Vermögende an der Finanzierung der Corona-Kosten zu beteiligen, fordert DIE LINKE ein **Lastenausgleichsgesetz für Reiche und Superreiche**. Das gab es bereits nach dem Zweiten Weltkrieg, als es um die Bewältigung der Kriegsfolgkosten ging. Befürchtungen, das könnte zu große Belastungen hervorrufen oder die Wirtschaft abwürgen, sind unbegründet. Die ersten 2 Millionen Euro (Betriebsvermögen: 5 Millionen) wären von der Abgabe nicht betroffen. Außerdem würde die Zahlung über 20 Jahre gestreckt.

3. Vermögenssteuer wiederherstellen

Schon vor Corona war sie überfällig: die Wiedereinführung einer Steuer auf große Vermögen. Seit 1997 wird sie nicht mehr erhoben – seitdem ist die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland noch viel größer geworden. Eine **Neuaufgabe der Vermögenssteuer** würde deshalb gleich zwei Aufgaben auf einmal erfüllen: Sie würde Geld in die Kassen spülen – und der sozialen Spaltung entgegenwirken!

4. Gesundheitswesen reformieren

Die Corona-Krise hat gezeigt: Die Gesundheit der Menschen ist kein Produkt, das auf dem Markt gehandelt werden darf. DIE LINKE will deshalb die Privatisierung des Gesundheitswesens rückgängig machen. **Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören in die öffentliche Hand**. Zudem rächt es sich, dass die Gesundheitsämter jahrelang kaputtgespart wurden und für die Nachverfolgung von Infektionsketten die Ressourcen fehlen. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss dauerhaft mit mehr Personal und besserer Ausstattung gestärkt werden.

STEUERSKANDAL

WAS GESCHAH MIT DEN CUM-EX-MILLIONEN?

Eine Hamburger Bank ist tief verstrickt in einen kolossalen Steuerraub. Doch nachdem sich ihr Chef mit Größen der Hamburger SPD traf, werden ihr Steuernachzahlungen in Millionenhöhe erlassen. Wie konnte das geschehen? Diese Frage soll jetzt ein Untersuchungsausschuss aufklären.



Ex-Bankchef Olearius, Ex-Bürgermeister Scholz, Ex-Finanzsenator Tschentscher und Ex-Bundestagsabgeordneter Kahrs: Ihre Rollen im Finanzskandal müssen jetzt aufgeklärt werden.

Ist ja kein Pappentier: 47 Millionen Euro sind Hamburgs Kassen in 2016 durch die Lappen gegangen. Und im Jahr darauf wäre das Gleiche beinahe wieder passiert – da ging es dann noch mal um 43 Millionen Euro. Diese Summen sind Teil eines gigantischen internationalen Raubzuges: Auch deutsche Banken hatten einen Trick gefunden, um gewaltige Summen an Kapitalertragssteuer zu hinterziehen. Cum-Ex hieß dieser schmutzige Trick und Cum-Ex wird jetzt in Hamburg zum Thema eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA). Denn die altehrwürdige Hamburger Privatbank M.M. Warburg war mittendrin in den Cum-Ex-Machenschaften. Und sah sich dabei völlig im Recht – nun musste man nur noch das Finanzamt davon

überzeugen, dass es überhaupt nicht betrogen worden war. Und hier kamen dann prominente Hamburger Sozialdemokraten ins Spiel.

Es ist der 26. Oktober 2016, den Olaf Scholz heute gern vergessen würde. Und offenbar auch vergessen machen wollte. Damals saßen zwei Hamburger Top-Banker bei ihm: Christian Olearius und Max Warburg, Mehrheitseigentümer von M.M. Warburg. Die beiden hatten ein Problem: Sie waren beim Steuerbetrug erwischt worden, nun drohten gewaltige Nachzahlungen. Dazu liefen gegen Olearius Ermittlungen wegen schwerer Steuerhinterziehung. Jetzt musste Hamburgs Steuerverwaltung entscheiden, ob man eine Summe von 47 Millionen Euro zurückfordern wollte, die das feine Geldhaus 2009 eingesackt

hatte – denn diese Forderung drohte, zu verjähren. Olearius und Warburg hatten ein Schreiben dabei, aus dem hervorgeht, dass ihre Deals überhaupt kein Problem seien. Scholz empfahl ihnen, das Schreiben zum damaligen SPD-Finanzsenator zu tragen, zu Peter Tschentscher. Später mochte Scholz sich an dieses und andere Gespräche nicht erinnern – bekannt wurden sie erst durch Recherchen der Wochenzeitung DIE ZEIT und der Panorama-Redaktion.

Und das Ungeheure passierte: Die Steuerverwaltung forderte das Geld nicht zurück, der Raub war geglückt. Dabei hatten die Warburgs Hilfe: Unermüdlich setzte sich – so steht es in den verräterischen Tagebüchern von Christian Olearius – eine Finanzbeamtin in der Steuerverwaltung für ihre Belange ein und befand

Chronik eines Hamburger Skandals:

2006/2007

M.M. Warburg dealt in großem Umfang im Cum-Ex-Geschäft. Dem Hamburger Fiskus entsteht ein Schaden in dreistelliger Millionenhöhe.

Juni 2015

Die Oberfinanzdirektion Frankfurt macht Hamburgs Steuerbehörden auf die Geschäfte der Warburg-Bank aufmerksam.

Jan. 2016

Durchsuchungen nach Genehmigung des Amtsgerichts Köln bei der Warburg-Bank. Der Verdacht: Steuerhinterziehung.

Jan. 2016

Kölns Staatsanwaltschaft erbittet Hilfe von Hamburgs Steuerverwaltung in Sachen Warburg. Die lehnt ab.

März 2016

Bankchef Christian Olearius trifft sich mit den beiden Hamburger Sozialdemokraten Alfons Pawelczyk und Johannes Kahrs, die sagen ihre Hilfe zu.

März 2016

Wirtschaftsprüfer:innen attestieren, dass eine Rückforderung aller hinterzogenen Steuern die Bank in Schieflage bringen würde.

Juni 2016

Die zuständige Hamburger Steuerprüferin teilt den Warburgs mit, dass sie ihre Ansicht teilt: die Deals gingen in Ordnung.

Juli 2016

Über Pawelczyk sucht Olearius das Gespräch mit Bürgermeister Olaf Scholz.

Sept. 2016

Olearius und Warburg sprechen in der Angelegenheit zum ersten Mal mit Olaf Scholz. Der kann sich an das Gespräch später kaum erinnern.

Sept. 2016

Die Finanzbeamtin attestiert der Bank Fahrlässigkeit und will kein Geld zurückfordern. Sie empfiehlt den Bankern, sich im Senat Hilfe zu holen.

Okt. 2016

Erneut sitzen Olearius und Warburg beim Bürgermeister. Ein Schriftstück, das ihre Unschuld beweisen soll, wird überreicht.

Nov. 2016

Scholz ruft Olearius an und rät ihm, dieses Schreiben an Finanzsenator Peter Tschentscher weiterzuleiten.

INTERVIEW MIT NORBERT HACKBUSCH

» Das Steuergeheimnis muss fallen

Der Bürgerschaftsabgeordnete Norbert Hackbusch über den Cum-Ex-Skandal – und wie er aufgeklärt werden könnte.

alle Vorgänge für rechtmäßig – und zwar auch, als die Fahnder:innen die Schubladen der Banker längst nach Beweisen durchsuchten. Als im Jahr darauf das Problem erneut auftaucht und Hamburgs Steuerprüfer:innen erneut eine Rückforderung ablehnen – diesmal geht es um 43 Millionen Euro – wird erst durch eine äußerst ungewöhnliche Anweisung des Bundesfinanzministeriums die Verjährung aufgehalten.

Doch warum sind die Hamburger Steuerbehörden derart nachsichtig gegenüber ertappten Steuerbetrüggern, warum fanden die Privatbanker bei Hamburgs Bürgermeister immer wieder ein offenes Ohr? Weil eine Aufklärung in den Ausschüssen der Bürgerschaft scheiterte, haben die LINKE und die CDU gemeinsam am 28. Oktober die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) beantragt. Ein solcher PUA kann Zeug:innen vernehmen und Akten einsehen – Werkzeuge, die der Opposition angesichts des fehlenden Interesses von SPD und Grünen an einer Aufklärung zuvor nicht zur Verfügung standen.

Insgesamt 160 Millionen Euro fehlen dank der Machenschaften der Warburg-Banker in den Hamburger Kassen. Der Finanzpolitiker der LINKEN, Norbert Hackbusch in seiner Rede vor der Bürgerschaft: "Dieser PUA ist überfällig, weil die Bürgerschaft ein deutliches Signal in diese Stadt geben muss: Raub und Betrügereien gerade auch im Bereich von Steuerbetrug – sei es über Cum-Ex und Umsatzsteuerbetrügereien, aber auch Geldwäsche etc. – werden entdeckt und aufgeklärt!"

Backbord: Die SPD wirft LINKE und CDU vor, dass dieser Untersuchungsausschuss nur Wahlkampfgeklänge ist und alle Fragen längst beantwortet worden sind.

Hackbusch: Was ist denn geklärt? Die SPD weist immer auf Ausschusssitzungen hin, aber dort wurde eigentlich nie etwas über den konkreten Fall gesagt. Es wurde immer nur dargelegt, dass die Steuerverwaltung ordentlich gearbeitet habe. Das reicht uns nicht. Wir haben vielerlei Hinweise, die belegen, dass Etliches eben nicht ordentlich abgearbeitet wurde. Im Kern kann man sagen: Wir haben 47 Millionen Euro in 2016 verloren, wir drohten 43 Millionen in 2017 zu verlieren. Den Hintergrund dafür müssen wir aufklären!

Backbord: Nicht nur die Steuerverwaltung, auch SPD-Politiker wie Peter Tschentscher und Olaf Scholz spielten in den Abläufen rund um den gigantischen Steuerbetrug eine fragwürdige Rolle.

Hackbusch: Den Eindruck haben wir. Womöglich hatten sie Angst um diese wichtige Privatbank. Aber es kann natürlich nicht sein, dass man eine Bank unterstützt, die Steuerraub betrieben hat – nur damit die überlebt. Das würde ja bedeuten, dass wir Steuerraub gar nicht mehr verfolgen können, sobald wirtschaftliche Interessen damit verbunden sind. So etwas kann ja auch nicht die Auffassung der Sozialdemokratie sein.

Backbord: Wie erklärt man so ein Entgegenkommen ganz normalen Hamburger Steuerzahler:innen?

Hackbusch: Es ist eine wichtige Aufgabe des Ausschusses, dieses Entgegenkommen aufzuklären.



Norbert Hackbusch, Finanzexperte der LINKEN

Ich befürchte, dass man im Hamburger Finanzamt für Großunternehmen zu stark mit den Unternehmen zusammenarbeitet und sich zu sehr als Standortpolitiker:in versteht.

Backbord: Was muss passieren, damit der Ausschuss überhaupt erfolgreich arbeiten kann?

Hackbusch: Wir haben eine große Auseinandersetzung um die Frage des Steuergeheimnisses. Denn dahinter verstecken sich die Beteiligten im Moment und verweigern jede inhaltliche Auskunft. SPD und Grüne hatten kurz vor den Wahlen versprochen, daran etwas zu ändern, doch passiert ist seither nichts. Es kann aber nicht sein, dass durch das Steuergeheimnis solche großen Steuerraubzüge organisiert werden können, und für die Öffentlichkeit im Dunkeln bleiben.

Nov. 2016 Die ZEIT und das ARD-Magazin „Panorama“ enthüllen die Machenschaften der Warburg-Bank.

Dez. 2016 Das Finanzamt verzichtet im Steuerbescheid auf eine Rückforderung der strittigen Summe von 47 Millionen Euro. Diese verjährt.

Nov. 2017 Erneut will Hamburgs Steuerverwaltung eine Forderung gegen die Bank nicht eintreiben – diesmal greift das Bundesfinanzministerium ein, weist Hamburg an, die Summe von 43 Millionen Euro nicht wieder verjähren zu lassen. Olearius rennt zum Bürgermeister.

Dez. 2017 Die SPD-Politiker Pawelczyk und Kahrs intervenieren vergeblich im Bundesfinanzministerium.

Dez. 2017 Die Hamburger Finanzbeamtin beugt sich widerwillig dem Druck aus Berlin und überreicht den Steuerbescheid mit der Rückforderung.

Okt. 2019 Im ersten Cum-Ex-Prozess vor dem Landgericht Bonn beschuldigt ein Kronzeuge die Warburg-Banker schwer.

Nov. 2019 Hamburgs Senat bestreitet in der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN, dass es Treffen zwischen Warburg-Bankern und Olaf Scholz gab.

Feb. 2019 Die Bank räumt ein, mit den schmutzigen Cum-Ex-Geschäften 68 Millionen Euro Gewinn gemacht zu haben.

April 2019 Steuerbescheide der Hamburger Verwaltung fordern 160 Mio von der Bank zurück – inklusive der eigentlich verjäherten 47 Mio.

Juli 2020 Olaf Scholz verschweigt im Bundestags-Finanzausschuss die Treffen mit Olearius und Warburg im Herbst 2016.

Okt. 2020 LINKE und CDU setzen in der Bürgerschaft einen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen durch.

ANTIDISKRIMINIERUNG

GLEICH GEHT'S BESSER

Die Gesetzeslage ist ganz klar: Diskriminierung darf es eigentlich gar nicht geben. Doch im Alltag sieht das oft noch ganz anders aus. DIE LINKE fordert jetzt ein Antidiskriminierungsgesetz – damit Hamburgs diverse Gesellschaft endlich abgesichert ist.



Zigtausende waren es, die im Juni auf dem Rathausmarkt und dem Jungfernstieg zusammenkamen, um gegen rassistische Polizeigewalt zu demonstrieren. Ausgelöst hatte die Proteste ein kaltblütiger Mord auf der anderen Seite des Atlantiks – festgehalten in einem

auf Youtube weltweit verbreiteten Handyvideo. Darin ist zu sehen, wie der weiße Polizist Derek Michael Chauvin dem auf dem Boden liegenden Schwarzen George Floyd minutenlang das Knie in den Nacken drückt, bis dieser stirbt. Seine Kollegen sehen mit an, wie er keine Luft mehr bekommt, es dauert eine

gefühlte Ewigkeit, bis endlich Hilfe eintrifft. Floyds letzte Worte waren „I can't breathe“ („Ich kann nicht mehr atmen“).

Dass dieses Gefühl im übertragenen Sinne Millionen Menschen in aller Welt haben, zeigten die vielen Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt in zahlreichen Ländern. Auch in Hamburg berichteten Teilnehmer:innen der Demonstration von eigenen Erfahrungen mit Rassismus durch Institutionen – nicht in den fernen USA, sondern hier in Deutschland.

Rassismus in Deutschland? Das dürfte es eigentlich gar nicht geben. Diskriminierung, die Ungleichbehandlung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Behinderung, sozialem Status, Religion oder sexueller Orientierung ist laut Verfassung verboten – und gehört doch zum Alltag vieler Betroffener. Zwar ist unsere Gesellschaft divers – und gerade hier in Hamburg war sie es schon immer. Doch sind in der Realität einige Menschen nach wie vor „gleich“ als andere.

Für DIE LINKE bedeutet soziale Gerechtigkeit, dass alle Menschen die gleichen Zugänge zu allen gesellschaftlichen Möglichkeiten haben. Niemand darf schlechter behandelt und ausgegrenzt werden, weil er oder sie Hartz IV bezieht, die falsche Hautfarbe hat oder mit den falschen Leuten knutscht. Deshalb brauchen wir in Hamburg eine Debatte darüber, wo überall Diskriminierung stattfindet, und was dagegen getan werden muss.

Polizeikontrollen

Immer wieder kommt es vor, dass die Polizei Menschen kontrolliert, die sie wegen ihrer Hautfarbe für verdächtig hält. Wie oft und aus welchen Gründen das passiert, könnte eine wissenschaftliche Studie klären. **Doch Innenminister Seehofer will es gar nicht so genau wissen.** Nun hat Hamburg eine eigene Studie angekündigt, durchgeführt durch die Polizei selbst. Keine gute Idee! DIE LINKE fordert stattdessen eine Studie durch eine unabhängige Einrichtung, in der auch strukturelle Faktoren von Diskriminierung untersucht werden.



Wohnungssuche

Das Landgericht Hamburg verurteilte die SAGA 2017 zu 1.000 Euro Entschädigung, weil sie eine Wohnungssuchende mit türkischem Namen diskriminiert hatte. Während ihre Freundin mit deutsch klingendem Namen einen Besichtigungstermin erhalten hatte, bekam die Betroffene keinen – angeblich weil die Kapazitäten erschöpft waren. **Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat die Hälfte aller Befragten Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gemacht.**



Bildungschancen

In einer Studie aus dem Jahr 2018 sollten angehende Lehrer:innen Noten für Diktate vergeben. Ein Teil der Teilnehmer:innen erhielt ein Diktat von einem Schüler namens Max, der andere Teil eins von einem Schüler namens Murat. Das Diktat von Murat erhielt schlechtere Noten. In beiden Fällen handelte es sich dabei um dasselbe Diktat, mit exakt den gleichen Fehlern. Die Studie zeigt, dass rassistische Diskriminierung ein Problem in Bildungseinrichtungen ist. **Das Zwei-Säulenmodell aus Gymnasium und Stadtteilschule in Hamburg verschärft dieses Problem.** Ab der 6. Klasse müssen Gymnasien Schüler:innen mit Leistungsrückständen auf die Stadtteilschulen verweisen. Diese „Aussonderung“ führt letztlich dazu, dass an manchen Gymnasien weder Schüler:innen mit Förderbedarfen noch solche aus Geflüchtetenfamilien zu finden sind.



Arbeitsmarkt

Arbeiten, um Geld zu verdienen, müssen alle – wenn sie können. Menschen mit Behinderung oder mit chronischen Erkrankungen haben es oft nicht leicht, einen Job zu finden – sei es, weil ihnen nicht viel zugetraut wird, oder weil in unserer Leistungsgesellschaft kein Platz für Menschen ist, die nicht zu 100 Prozent gesund und arbeitsfähig sind. **Auch im 21. Jahrhundert werden Frauen noch schlechter bezahlt und sind seltener in Führungspositionen.** Rassistische Diskriminierung erleben viele Menschen nicht nur bei der Jobsuche, sondern auch im Arbeitsalltag. Die Kolleg:innen kann man sich nicht aussuchen und Arbeitgeber:innen reagieren oft abweisend, wenn sexistisches, rassistisches oder homophobes Verhalten innerhalb der Belegschaft zur Sprache gebracht wird.



Berlin macht's vor

Die Hauptstadt zeigt, wie ein Bundesland gegen Diskriminierung vorgehen kann. Im Juni hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein Landesantidiskriminierungsgesetz beschlossen. Darin ist festgelegt: Wer in Berlin von einer öffentlichen Stelle diskriminiert wird, sei es beim Jobcenter, durch die Polizei oder bei der Fahrkartenkontrolle, kann dagegen klagen. Wenn das Gericht eine Diskriminierung feststellt, hat das Opfer Anspruch auf eine Entschädigung. Doch viele Betroffene haben nicht den Mut oder die Ressourcen zu klagen. Nach dem Berliner Antidiskriminierungsgesetz sind deshalb auch Verbände klageberechtigt.



Was tun in Hamburg?

Unsere Bürgerschaftsfraktion strebt ein Antidiskriminierungsgesetz wie in Berlin an – ein entsprechender Gesetzentwurf ist in Arbeit. Gleichzeitig wollen wir in der nächsten Zeit das Thema Diskriminierung mit einer Reihe von Großen Anfragen in der Bürgerschaft auf die Agenda setzen. Welche konkreten Fälle und welche Muster von Diskriminierung sind den Behörden bekannt? Wie stark sind in der Bürgerschaft und in den Ämtern eigentlich diskriminierte Gruppen repräsentiert? Welche Programme und Maßnahmen gibt es bis jetzt, um gegen Diskriminierung vorzugehen?

Damit sich in Hamburg etwas ändert, muss viel passieren: Betroffene brauchen Unterstützung, damit sie ihre Rechte einfordern können. Dafür müssen Beratungsstellen ausreichend finanziert werden – nicht nur durch projektbezogene Fördergelder, sondern mit dauerhafter institutioneller Förderung. Helfen könnte auch eine Landesantidiskriminierungsstelle, die Betroffene informiert und sie ermutigt, sich zu wehren. Diskriminierung wird oft auch unbeabsichtigt



begangen – es braucht Bildung, um innerhalb der staatlichen Institutionen etwas zu verändern. Deshalb fordern wir mehr Fortbildungen für alle Mitarbeiter:innen in Behörden, vor allem für Führungskräfte und Personen mit Personalverantwortung.

HIER IST DIE LINKE

IMMER AUF DEM NEUESTEN STAND:
www.linksfraktion-hamburg.de/newsletter

So erreicht Ihr uns

Unsere Geschäftsstelle ist umgezogen!
 Neuerdings erreicht Ihr die Fraktion DIE LINKE hier:

Fraktion DIE LINKE
Burchardstr. 21
20095 Hamburg
Tel: 040 / 42831-2250



Unser neues Fraktionsbüro in der Innenstadt

Darüber hinaus haben wir vier Abgeordnetenbüros in den Stadtteilen.

Harburg
Sabine Boeddinghaus
Tel: 040 / 303 948 74
Wallgraben 24
21073 Hamburg

Bergedorf
Stephan Jersch
Tel: 040 / 71 18 90 90
Weidenbaumsweg 19
21029 Hamburg

Billstedt
Mehmet Yildiz
Tel: 040 / 36 19 29 52
Billstedter Hauptstr. 78
22117 Hamburg

Eimsbüttel
Carola Ensslen und Insa Tietjen
Tel: 040 / 52 15 11 22
Schopstraße 1
20255 Hamburg

Aufgrund der Corona-Lage können wir im Augenblick allerdings keine Öffnungszeiten garantieren. Im Zweifel bitte anrufen!

MITMACHEN!**AKTIV WERDEN GEGEN WAFFENEXPORTE**

Im Hamburger Hafen werden Tag für Tag drei Container voller Waffen und Munition umgeschlagen. Die Initiative „Ziviler Hafen“ will diese Exporte ein für allemal stoppen.



Überall in der Stadt: Aktionen...

Im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt: So soll Hamburg eigentlich sein, so steht es in der Hamburgischen Verfassung aus dem Jahr 1952. Tatsächlich aber ist Hamburg das Tor zum Tod in der Welt: Jährlich werden in unserem Hafen mehr als 1.000 Container mit tödlicher Fracht verladen.

Es sind Bomben, Panzer, Kleinwaffen und Munition, die von Hamburg aus verschifft werden. Produkte der deutschen Rüstungsindustrie, die zu den größten der Welt gehört. Und die Waffen gehen längst nicht nur in demokratische und friedliche Länder. Auch Mexiko, Kolumbien und Sri Lanka gehören zu den Adressaten. Selbst Saudi-

Arabien und die Türkei erhalten Rüstungsgüter über Hamburg, mit denen sie in Syrien bzw. im Jemen grausame Kriege führen.

Seit Jahren kämpft die Friedensbewegung für einen friedlichen Hafen. Eine gesetzlich verankerte Zivilklausel könnte verhindern, dass Waffen über den Hafen verschifft werden. Das könnte Hamburg sofort umsetzen! Doch SPD und Grüne, obwohl sie seit vielen Jahren an der Macht sind, tun nichts.

Deshalb will jetzt eine neue Volksinitiative Fakten schaffen, um Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen zu stoppen. Unterstützt wird sie unter anderem von der GEW Hamburg, dem Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung, der Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte und natürlich der LINKEN.

Nun müssen so viele Hamburger:innen wie möglich unterschreiben. 10.000 sind notwendig, damit die erste Hürde in Richtung Volksgesetzgebung genommen werden kann. Sechs Monate hat die Initiative dafür Zeit. Im Februar 2021 soll es losgehen.



...und Unterschriftenlisten gegen Rüstungsexporte!

Aktuelle Informationen gibt es im Internet unter
www.ziviler-hafen.de

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
 Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 3: kleine Läden; S. 5: Norbert Hackbusch; S. 6: Polizeigewalt, Wohnungssuche; S. 7: Bildungschancen, Arbeitsmarkt, Berlin macht's vor) | Die Linke (S. 2: Fraktionsvorsitzende; S. 8: neue Büros, Rüstungsexporte) | Amazon-PR (S. 3: Amazon-Zentrale) | Hamburger Pflegebündnis (S. 2: Pflegenotstand) | Susie Knoll/SPD-Fraktion (S. 4: Kahrs) | Thomas Köhler/BMF (S. 4: Scholz) | pixabay/ (Titel; S.7: Was tun in Hamburg) | SPD-Eimsbüttel (S.3: Tschentscher) | Flickr/Rasande Tyskar/CC BY-NC 2.0 (S. 6: We'll come united)

DIE LINKE.
 Fraktion in der
 Hamburgischen Bürgerschaft